

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Enrico Komning, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/10532 –

Ursachen der Energiekrise

(Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/10364)

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Fragesteller nehmen die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Neustrukturierung des internationalen Wettbewerbs“ auf Bundestagsdrucksache 20/10364 zum Anlass für Nachfragen. Auf die Frage 2c, warum „derzeit gerade Deutschland im internationalen Vergleich wirtschaftlich so stark schwächelt und im Jahr 2023 mit seinem negativen Wirtschaftswachstum Schlusslicht unter den Industrienationen war“, antwortet die Bundesregierung: „Kaum ein Land war aufgrund der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen härter von den Nachwirkungen der Energiekrise betroffen als die Bundesrepublik.“ Auf die Frage 6a, ob Energie als Waffe gegen Deutschland eingesetzt wurde, antwortet die Bundesregierung, dass sich die Aussage Dr. Robert Habecks, wonach Energie als Waffe tatsächlich eingesetzt wurde, auf die Ukraine und andere Staaten beziehe, also nach Lesart der Fragesteller nicht auf Deutschland.

1. Hat die Russische Föderation nach Kenntnis der Bundesregierung die von der Bundesregierung erwähnte Energiekrise durch konkrete, die Versorgung Deutschlands mit Energie oder Energieträgern beeinflussende Maßnahmen ausgelöst oder verstärkt, insbesondere dadurch das Angebot an Energie verknappt oder den Energiepreis erhöht, und wenn ja, durch welche, in welchem Ausmaß, und in welchem Zeitraum?

Russland hat die Energiekrise im Zuge des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs auf die Ukraine maßgeblich verursacht, zunächst durch Verminderung und schließlich durch vertragswidrige Einstellung der Gaslieferung durch Nord Stream 1. Zusätzlich wurden durch weitere Maßnahmen – wie etwa die kurzfristige Umstellung der Fakturierung in Rubel (sogenanntes Rubel-Dekret), willkürliche Lieferaussetzungen, Erpressungsversuche und Drohungen – erhebliche Zweifel an der Zuverlässigkeit der Geschäftsbeziehung mit russischen Lieferanten deutlich.

Die Gazprom Germania GmbH musste aufgrund von Sanktionen von russischer Seite als ein Schlüsselunternehmen für die Gasversorgung in Deutschland zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Deutschland von der Bundesregierung unter Treuhandverwaltung gestellt werden.

2. Haben andere Staaten wie die Republik Polen, die Republik Belarus oder die Ukraine nach Kenntnis der Bundesregierung die von der Bundesregierung erwähnte Energiekrise durch konkrete, die Versorgung Deutschlands mit Energie oder Energieträgern beeinflussende Maßnahmen ausgelöst oder verstärkt, insbesondere dadurch das Angebot an Energie verknappt oder den Energiepreis erhöht, und wenn ja, durch welche, in welchem Ausmaß, und in welchem Zeitraum?

Die Bundesregierung arbeitet insbesondere vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges sowie der von Russland verursachten Energiekrise eng und vertrauensvoll mit Polen und der Ukraine zusammen. Polen hat insbesondere durch Öllieferungen über Danzig nach Deutschland dazu beigetragen, die von Russland verursachte Energieknappheit zu lindern. Belarus hat nicht im Sinne der Frage gehandelt.

3. Hat die Bundesregierung die von der Bundesregierung erwähnte Energiekrise durch konkrete, die Versorgung Deutschlands mit Energie oder Energieträgern aus Russland beeinflussende Maßnahmen ausgelöst oder verstärkt, insbesondere dadurch das Angebot an Energie verknappt oder den Energiepreis erhöht, und wenn ja, durch welche, in welchem Ausmaß, und in welchem Zeitraum?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen. Das russische Verhalten hat Energieangebot und -preise maßgeblich beeinflusst und war Auslöser der Energiekrise. Als Mitglied der Europäischen Union und im Verbund mit den G7-Partnern hat die Bundesregierung in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg Sanktionen erlassen, wie etwa das Verbot von Kohle- und Ölimporten aus Russland und einen Ölpreisdeckel. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Einnahmen Russlands aus dem Verkauf von Energieträgern zu verringern. Ersatzbeschaffungen aus anderen Quellen auf dem Weltmarkt waren und sind möglich. Der Ölpreisdeckel dient ebenfalls dazu, russische Einnahmen aus dem Öllexport zu reduzieren. Er ist so ausgestattet, dass die globale Versorgungslage und die globalen Energiepreise stabil blieben sowie negative Auswirkungen auf die Energieversorgung von Drittländern abgemildert werden.